



Anlage 4 zur Vermittlungsabsprache: Durchführung des Verfahrens der Arbeitsmarktzulassung

Das dargestellte Verfahren bezieht sich auf ausländische Fachkräfte aus der Republik Kolumbien, die auf Grundlage dieser Vermittlungsabsprache nach Deutschland einreisen wollen. Sie benötigen ein Einreisevisum und einen Aufenthaltstitel. Die Vermittlungsabsprache bildet die Grundlage für diesen Aufenthaltstitel. Maßgebliche Rechtsgrundlagen sind bei Abschluss der Vermittlungsabsprache § 16d Abs. 4 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und § 2 Beschäftigungsverordnung (BeschV).

1. Einreisevisum

Für die Neueinreise ist der zutreffende Aufenthaltstitel das Visum, das die deutsche Botschaft bzw. die deutsche konsularische Vertretung in Kolumbien erteilt. Für die Erteilung des Visums ist eine Arbeitsmarktzulassung durch die Bundesagentur für Arbeit notwendig. Das Visum berechtigt zur Einreise nach Deutschland und zur Aufnahme der Beschäftigung.

Das Visum wird durch die Deutsche Botschaft auf mehrere Monate befristet. Die Befristung des Visums kann sich je nach Einzelfall unterscheiden.

Für das Visum müssen vor der Einreise folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Nachweis der erforderlichen Sprachkenntnisse (s. Anlage 2).
2. Zustimmung der BA zur Aufnahme einer Beschäftigung während des Anerkennungsverfahrens entsprechend den jeweils geltenden rechtlichen Regelungen in Deutschland. Eine Beschäftigung in Vollzeit ist nur in diesem Bereich erlaubt sowie ausschließlich wenn die Vollzeit-Beschäftigung den Anerkennungsprozess nicht beeinträchtigt, wie bspw. den Besuch von Qualifizierungsmaßnahmen. Eine Nebenbeschäftigung kann ausgeübt werden.¹
3. Zusicherung eines konkreten Arbeitsplatzangebots des Arbeitgebers für die Beschäftigung als anerkannte Fachkraft ab erfolgreichem Abschluss des Anerkennungsverfahrens. Die BA wird den erfolgreichen Abschluss des Anerkennungsverfahrens begleiten. Hierdurch soll ein Missbrauch durch reine Berufstätigkeit als Hilfskraft vermieden und die Durchführung des Anerkennungsverfahrens sichergestellt werden.
4. Bereits im Vorabzustimmungsverfahren vorzulegende Erklärung der ausländischen Fachkraft, dass sie nach der Einreise bei der zuständigen Anerkennungsstelle das Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit ihrer ausländischen Berufsqualifikation und, soweit erforderlich, zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis durchführen wird.

2. Ziel des Aufenthalts in Deutschland

Das Ziel des befristeten Aufenthalts in Deutschland liegt in der erfolgreichen beruflichen Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikation (siehe Anlage 2). Daher muss ab

¹ Zudem berechtigt Aufenthaltserlaubnis zu einer davon unabhängigen Beschäftigung von bis zu zehn Stunden in der Woche. § 16d Abs. 4 Satz 1 S.3 AufenthG



Einreise das berufliche Anerkennungsverfahren durchgeführt und innerhalb der gesetzlichen Fristen (siehe 3.) erfolgreich abgeschlossen werden.

3. Aufenthaltstitel in Deutschland

Vor Fristablauf des Einreisevisums muss die ausländische Fachkraft bei der zuständigen Ausländerbehörde ihres neuen Wohnsitzes in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Die Ausländerbehörde prüft dann auf Basis der Nachweise zur tatsächlichen Durchführung des Anerkennungsverfahrens und Beschäftigungsaufnahme die Erteilung des Aufenthaltstitels in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit. Liegen diese vor, erhält die Fachkraft zum weiteren Aufenthalt in Deutschland ihren Aufenthaltstitel. Dieser ist auf ein Jahr befristet.

Der erstmalig erteilte Aufenthaltstitel kann bei Fristablauf erneut bei Vorliegen der entsprechenden Nachweise um ein Jahr verlängert werden. Alternativ kann bei Vorliegen der Voraussetzungen ein neuer Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit als anerkannte Fachkraft beantragt werden (siehe unten). Bedingung für die Verlängerung ist in beiden Fällen, dass die ausländische Fachkraft nachweist, dass sie während des bisherigen Aufenthalts das Anerkennungsverfahren (siehe Anlage 2) konsequent betrieben hat.

Der Nachweis des konsequenten Betreibens des Anerkennungsverfahrens bzw. des Verfahrens zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis bei reglementierten Berufen kann durch geeignete schriftliche Unterlagen geführt werden, z.B.

- Antrag auf Anerkennung bzw. Berufsausübungserlaubnis
- Teilanerkennungsbescheid
- Teilnahmebestätigung des Trägers einer Qualifizierungsmaßnahme
- Beschäftigungsnachweis mit betrieblichen Qualifizierungsinhalten
- Bestätigungen über durchgeführte Prüfungen
- Nachweise der guten Wiederholungsperspektive bei nicht bestandenen Prüfungen
- Weitere Korrespondenzen mit für die Anerkennung zuständigen Stellen

Der Aufenthaltstitel kann bis zu einer Höchstaufenthaltsdauer von drei Jahren verlängert werden.

4. Weiterer Aufenthalt mit Ende des Aufenthaltstitels im Rahmen der Vermittlungsabsprache zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Wenn die Höchstaufenthaltsdauer von drei Jahren abgelaufen ist, kann dieser Aufenthaltstitel nicht erneut verlängert werden. Grund hierfür ist, dass die Fachkraft innerhalb ihres bisherigen Aufenthaltes nun die Berechtigung erworben haben muss, als anerkannte Fachkraft in Deutschland eine Beschäftigung auszuüben.



**Bundesagentur
für Arbeit**



Unidad del
**Servicio
de Empleo**

Hat die ausländische Fachkraft in dieser Zeit ihre berufliche Anerkennung erfolgreich abgeschlossen und liegt die ggf. erforderliche Berufsausübungserlaubnis vor, kann sie als anerkannte Fachkraft tätig werden. Hierfür kann die ausländische Fachkraft einen Aufenthaltstitel bei der für sie zuständigen Ausländerbehörde in Deutschland zur Erwerbstätigkeit beantragen.